

VEREINT STATT ENTZWEIT? WELCHE AUSWIRKUNGEN HABEN WESTLICHE SANK- TIONEN AUF DEN IRAN?

Behrouz Khosrozadeh

Seit der Enthüllung des iranischen Nuklearprogramms im Jahr 2002/3 ringen die internationale Gemeinschaft in Gestalt der 5+1-Staaten (Vetomächte des UN-Sicherheitsrates und Deutschland) sowie die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) mit der Islamischen Republik Iran um das iranische Atomprogramm. Die langwierigen Verhandlungen sind nun in eine bedrohliche Phase gelangt, die ökonomische Sanktionen und im schlimmsten Fall eine militärische Konfrontation nach sich ziehen könnten. Trotz der ständigen Bekundungen Irans, sein Atomprogramm sei friedlicher Natur, gibt es besorgniserregende Indizien, die dem widersprechen. Der folgende Aufsatz soll den Fragen nachgehen, inwieweit das iranische Atomprogramm die regionale und internationale Sicherheit gefährdet und welche Handlungsmöglichkeiten die Verhandlungspartner besitzen, um hier eine allgemein akzeptierte Lösung hervorzubringen. Im Fokus dieser Studie stehen die möglichen Sanktionen und ihre Auswirkungen auf den Iran.

HINTERGRUND

Ayatollah Khomeini erklärte 1979 das vom Schah-Regime seit Mitte der sechziger Jahre begonnene Atomprogramm für unvereinbar mit dem Islam. Der Krieg mit dem Irak (1980 bis 88) hat die Islamische Republik zur Wiederaufnahme des Nuklearprogramms verleitet. Bag-



Dr. Behrouz Khosrozadeh ist in Bushehr/Iran geboren; seit 1985 lebt er in Deutschland. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Völkerrecht in Göttingen (Promotion im Jahr 2003). Bis 2007 war er Lehrbeauftragter am politikwissenschaftlichen Seminar der Georg-August-Universität zu Göttingen. Heute ist er Politologe und Publizist.

Ayatollah Khomeini erklärte 1979 das vom Schah-Regime seit Mitte der sechziger Jahre begonnene Atomprogramm für unvereinbar mit dem Islam. Der Krieg mit dem Irak (1980 bis 88) hat die Islamische Republik zur Wiederaufnahme des Nuklearprogramms verleitet.

dad profitierte während der Kriegsjahre vom Zufluss arabischer Öl-Dollars sowie von Waffenlieferungen aus Ost und West. Der Iran war zumeist beim Waffenkauf auf den teuren freien Markt und wegen des US-Embargos auf den Schwarzmarkt angewiesen. Zudem setzte die Armee Saddam Husseins Mitte der achtziger Jahre Chemiewaffen gegen die anrückenden iranischen Truppen ein. Etwa 50.000 iranische Soldaten wurden während des Krieges Opfer von chemischen Waffen. Kenneth M. Pollack, von 1999 bis 2001 Direktor für die Angelegenheiten des Persischen Golfes im US-National Security Council, schreibt: „Vielleicht erwiesen sich mehr als alles andere die qualitativ hochwertigen nachrichtendienstlichen Erkenntnisse in Bezug auf die iranischen Kräfte und Operationen, mit denen die Vereinigten Staaten Bagdad regelmäßig versorgten, als entscheidend für die irakische Kriegsführung. Verbündete der USA schlossen sich an und begannen, dem Irak nahezu alles zu verkaufen, was er an Waffen und Massenvernichtungsmitteln haben wollte.“¹ Zum Überdruß der iranischen Führung griff die US-Marine in den Krieg ein, indem sie irakisches Öl verschiffende kuwaitische Tanker eskortierte. Die einer Blockade gleichkommende Politik gegenüber dem Iran und die intensive Unterstützung Saddam Husseins während des Krieges wurden mit der Eindämmung des Exports der islamischen Revolution in der Region begründet. Für den Iran wäre ein mit Massenvernichtungswaffen ausgerüsteter Irak einer existenziellen Bedrohung gleich gekommen. Saddam Husseins Überfall auf Kuwait (1990) bestärkte die Mullahs in der Annahme, er könnte wieder in Versuchung kommen, den großen Nachbarn anzugreifen.² Dies waren die ursprünglichen Hintergründe für die Wiederaufnahme des iranischen Atomprogramms.

IRANS ATOMPROGRAMM

Die iranischen Nuklearaktivitäten gehen auf das Schah-Regime zurück. Iran hatte schon unter dem Schah 1968 den Atomwaffensperrvertrag (NPT: Non-Proliferation Treaty) unterzeichnet und 1970 ratifiziert. Im Jahr 1973 ratifizierte Teheran ebenfalls das „Safeguard Agreement“, ein Abkommen

1 | Vgl. Ebenda, S. 208.

2 | Ausführlich zu den Gründen der Wiederaufnahme des iranischen Atomprogramms vgl. Behrouz Khosrozadeh, *Die Ayatollahs und der Große Satan: Iran-USA, die Beziehungen im historisch-analytischen Überblick* (Berlin: 2007).

über Kontroll- und Inspektionsrechte, das sich auf angemeldete Anlagen und angekündigte Inspektionen beschränkt. Danach ist der Iran verpflichtet, seine Nuklearaktivitäten gegenüber der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu deklarieren und deren umfangreiche Kontrollen zuzulassen. Die IAEA beschloss 1997 das „Zusatzprotokoll“, wodurch die Vertragsstaaten nach dem Prinzip *any time, anywhere* kurzfristig angesetzte Kontrollen in beliebigen Anlagen zulassen müssen. Die iranische Regierung unter dem Reformpräsidenten Khatami unterzeichnete das Protokoll im Dezember 2003 als vertrauensbildende Maßnahme. Auch wenn es bis heute noch nicht vom iranischen Parlament ratifiziert worden ist und somit keine völkerrechtliche Bindung des Iran vorliegt, erfüllte Teheran während der Geltungsdauer der (später gescheiterten) Teheraner und Pariser Abkommen freiwillig die Bestimmungen des Zusatzprotokolls bis zum Ende der Präsidentschaft Khatamis im August 2005. Ferner setzte der Iran im November 2004 sein Urananreicherungsprogramm vorläufig aus; es wurde erst von Präsident Ahmadinedschad im November 2005 wieder aufgenommen.

Der Iran arbeitet an eigener Nukleartechnologie bereits seit den fünfziger Jahren, angespornt von Präsident Dwight D. Eisenhowers „Atoms for Peace program“. Der US-amerikanische und westeuropäische Beistand lief bis Ende der siebziger Jahre und fand sein Ende mit dem Sieg der iranischen Revolution im Februar 1979. Im März 1957 wurde zwischen den USA und dem Iran ein „proposed agreement for cooperation in research in the peaceful uses of atomic energy“ verkündet. Zwei Jahre später gründete Schah Mohammad Reza Pahlavi das Nuklearforschungszentrum an der Universität Teheran. Amerika lieferte einen Fünf-Megawatt-Reaktor, um Teheran von Forschungen zur autonomen Beherrschung des Brennstoffkreislaufs abzubringen. Später stiegen Frankreich (Framatome) und die Bundesrepublik Deutschland (Kraftwerk Union/KWU) ins Nukleargeschäft mit dem Kaiserreich ein. Der Schah gründete 1974 die „Iranische Atomenergieorganisation“ mit dem Ziel, 23.000 Megawatt Elektrizität aus der Atomenergie zu gewinnen. Indiens erfolgreicher Atomtest in Mai 1974 lenkte den Schah auf den sicherheitspolitischen Aspekt. US-Experten warnten bereits damals vor der militäri-

Im Jahr 1973 ratifizierte Teheran ebenfalls das „Safeguard Agreement“, ein Abkommen über Kontroll- und Inspektionsrechte, das sich auf angemeldete Anlagen und angekündigte Inspektionen beschränkt. Danach ist der Iran verpflichtet, seine Nuklearaktivitäten gegenüber der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu deklarieren und deren umfangreiche Kontrollen zuzulassen.

Der Schah gründete 1974 die „Iranische Atomenergieorganisation“ mit dem Ziel, 23.000 Megawatt Elektrizität aus der Atomenergie zu gewinnen. Indiens erfolgreicher Atomtest in Mai 1974 lenkte den Schah auf den sicherheitspolitischen Aspekt. US-Experten warnten bereits damals vor der militärischen Intention des Schahs hinsichtlich seines Nuklearprogramms.

schen Intention des Schahs hinsichtlich seines Nuklearprogramms: Der „Iranian leader is going to take that step while a nuclear energy program is in the middle of implementation. There is no doubt, however, of the Shah's ambition to make Iran a power to be reckoned with. If he is alive in the mid-1980s, if Iran has a full-fledged nuclear power industry and all the facilities necessary for nuclear weapons, and if other countries have proceeded with weapons development, we have no doubt that Iran will follow suit. Iran's course will be strongly influenced by Indian nuclear programs.“³

Der Teheraner Forschungsreaktor, heute noch von besonderer Relevanz bei den Verhandlungen, produziert unter anderem Isotope für medizinische Zwecke, insbesondere für die Behandlungen von Krebserkrankungen. Man vermutet, dass die Thematisierung des kleinen Reaktors wieder zum Bestandteil der „Täuschungsdiplomatie“ der Ahmadinedschad-Regierung gehört. Mit Frankreich wurde 1973 ein Vertrag zum Bau von zwei Kernkraftreaktoren in Darkhovin in der südlichen Provinz Khuzestan und mit der Bundesrepublik im Jahr 1975 ein Bauprojekt für zwei Reaktoren in Bushehr, durch die Firma Siemens/KWU, unterzeichnet. Frankreich kündigte 1979 sein Abkommen. Erst im Jahr 1993 übernahmen die Chinesen das Projekt, rückten jedoch auf Druck der USA bereits 1995 wieder ab. Das Projekt wird seitdem unauffällig und autonom weiterbetrieben. Der Reaktor 1 in Bushehr war bis Anfang 1979 zu 90 Prozent und Reaktor 2 zur Hälfte gebaut. Moskau übernahm 1995 die Leitung für die Fertigstellung von Reaktor 1, der Ende der neunziger Jahre in Betrieb gehen sollte, aber bis heute noch nicht eingeweiht wurde. Im Februar 2005 vereinbarten Russland und der Iran einen Vertrag zur Lieferung des Brennstoffs seitens Russlands. Laut Vertrag ist Teheran verpflichtet, den Brennstoffmüll nach Russland zurückzuschicken.

Zudem existiert ein unterirdisches, durch modernste Flugabwehrsysteme geschütztes Urananreicherungszenrum in Natanz, etwa 225 km südsüdöstlich von Teheran. In dieser Anlage wird leicht angereichertes Uran produziert. Etwa 230 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Teheran in Arak steht zu-

3 | „Special National Intelligence Estimate. Prospects for Further Proliferation of Nuclear Weapons“, Copy, No. 157, August 1974. <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB240/snie.pdf> [18.02.2010].

dem ein 40-Megawatt-Schwerwasserreaktor, bei dem Plutonium anfällt, das als Material für Kernwaffen dienen kann. Letztere Anlage befindet sich im baulichen Endstadium. Es wird jedoch länger dauern, sie in Betrieb zu nehmen. Spektakulär ist die Anlage in der kleinen Ortschaft Fordo bei Qom, deren Existenz der Iran erst nach der Entlarvung im vergangenen Oktober offiziell deklarierte. In der Anlage könnte mit genügend technischem Equipment (Zentrifugen) das vorhandene Uran zu waffenfähigem Material angereichert werden.

ZUVIEL POTENZIAL FÜR FRIEDLICHE NUTZUNG DER KERNENERGIE

Sowohl die Anlagen von Natanz als auch Fordo sind unterirdisch angelegt und auch durch so genannte Bunkerbrecherbomben kaum zu zerstören. In Natanz sind 8308 Zentrifugen installiert, wovon ca. 4000 einsetzbar sind. Hier wird das Uran leicht auf 3,5 bis fünf Prozent angereichert (LEU: levels of low-enriched uranium). Für waffenfähiges Uran wird eine Anreicherungsstufe von 90 Prozent benötigt (HEU: highly-enriched uranium). Sollten alle betriebsbereiten Zentrifugen reibungslos funktionieren und der Betreiber die Technik beherrschen, kann das LEU zu HEU umgewandelt werden. Die Gesamtvorräte des iranischen LEUs betragen rund 1500 Kilogramm. Daraus könnten 75 kg HEU gewonnen werden. Da für die Herstellung einer einzigen Atombombe 20 bis 25 kg HEU notwendig sind, wäre der Iran in der Lage – vorausgesetzt, er verfügt über die notwendige Technologie – mindestens drei Nuklearbomben zu bauen.⁴ Die Tatsache, dass Teheran bisher eine weitgehende Geheimhaltungs- bzw. Täuschungsdiplomatie betrieben hat, macht es den IAEA-Experten schwer, sich ein präzises Bild vom Stand des iranischen Nuklearfortschritts zu machen.

Der Atomwaffensperrvertrag garantiert allen IAEA-Vertragsstaaten die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für so genannte friedliche Zwecke (Art. IV, Abs. 2). Nun hat das Land einen einzigen baulich im Endstadium befindlichen Reaktor in Bushehr, der zur 1000-Mega-

4 | Vgl. David Albright, Paul Brannan, and Jacqueline Shire. „IAEA Report on Iran Centrifuges increase; Rate of LEU production steady; progress on inspection requests at Arak and Natanz; no progress on possible military dimensions“, in: *ISIS REPORT*, August 28, 2009, http://www.isis-online.org/publications/iran/Analysis_IAEA_Report.pdf [18.02.2010].

Weshalb strebt man zur Produktion von hoch angereichertem Uran, das nicht zur Stromversorgung dienen kann? Die deutliche Überkapazität zur Urananreicherung sowie die unterirdisch bzw. im Gebirge gelegenen Anlagen lassen Verdacht auf eventuelle Pläne zur Herstellung von Atomwaffen aufkommen.

watt-Stromversorgung vorgesehen ist und dessen Brennstoff Russland liefern soll. Hieraus generiert sich die Frage, weshalb der Iran derart stark in sein Urananreicherungsprogramm investiert. Weshalb strebt man zur Produktion von hoch angereichertem Uran, das nicht zur Stromversorgung dienen kann? Die deutliche Überkapazität zur Urananreicherung sowie die unterirdisch bzw. im Gebirge gelegenen Anlagen lassen Verdacht auf eventuelle Pläne zur Herstellung von Atomwaffen aufkommen. Zudem muss man das erheblich fortgeschrittene iranische Raketenprogramm erwähnen, dessen Trägersystem über große Reichweite verfügt.

WARUM BEHARRT TEHERAN AUF DEM ATOMPROGRAMM?

Für ein Land, das Vormachtstellungsansprüche in der Region anmeldet, stellt das israelische und pakistanische Nuklearpotenzial ein prekäres Ungleichgewicht dar und dient als Grundlage für die „Umzingelungstheorie“. Aus Sicht der Strategen in Teheran – unabhängig davon, welche Regierung das Land führt – stellen die Atommächte Pakistan und Israel die größte Gefahr für das Land dar.

Die Gefährdung Irans durch Saddam Hussein ist seit 2003 nicht mehr vorhanden. Die berechtigten sicherheitspolitischen Sorgen verbleiben jedoch. Iran ist von Nuklearmächten (Israel, Russland, China, Pakistan und Indien) umgeben. US-Soldaten und Militärberater sind rund um Iran stationiert. Für ein Land, das Vormachtstellungsansprüche in der Region anmeldet, stellt das israelische und pakistanische Nuklearpotenzial ein prekäres Ungleichgewicht dar und dient als Grundlage für die „Umzingelungstheorie“. Aus Sicht der Strategen in Teheran – unabhängig davon, welche Regierung das Land führt – stellen die Atommächte Pakistan und Israel die größte Gefahr für das Land dar. Um hier zumindest militärisch „gleich zu ziehen“, ist der Besitz von eigenen Atomwaffen zwingend notwendig. Zudem geht der renommierte Wirtschaftsgeograph Roger J. Stern von einer rapiden Abnahme der Ölproduktion des Iran aus.⁵ Bereits 2005 und 2006 konnte der Iran seine OPEC-Förderquote nicht erfüllen und steht vor einer Erschöpfung seiner Ölquellen. Nach Stern könnte der Export bereits in fünf Jahren auf ein Drittel des heutigen Wertes sinken, sollte die Wirtschafts- und Energiepolitik in Teheran dergestalt weiter-

5 | Vgl. Roger J. Stern, „The Iranian petroleum crisis and United States national security“, Department of Geography and Environmental Engineering (Johns Hopkins University Press), <http://www.pnas.org/cgi/reprint/0603903104v1> [19.02.2010].

laufen. Im Jahr 2015 würde der iranische Ölexport auf null zurückfallen und das produzierte Öl könnte gerade den heimischen Bedarf decken. Im Endeffekt dürfte daher das energiepolitische Motiv für die Nutzung der Atomenergie ebenfalls von Bedeutung sein. Bis zum Jahr 2020 beabsichtigt man, 20 Kernreaktoren mit insgesamt 20.000 Megawatt Leistung zu bauen. Dies würde die iranische Wirtschaft um jährlich 190 Millionen Barrel entlasten. Gerade wegen dieser prekären Energieversorgung des Iran könnte das auswärtige Verhalten des Iran in einigen Jahren durchaus „konzilianter“ werden.

RECHTSLAGE

In einem Beitrag aus dem Jahr 2007 hat Mohammad Dschawad Zarif, seinerzeit Irans UN-Botschafter in New York, beteuert, dass die US-Sanktionen gegen den Iran und die Deal-Blockade zwischen dem Iran und Argentinien, China und Russland den Hintergrund für die Verheimlichung der Nuklearaktivitäten Irans bildeten.⁶ Der Iran verweist immer wieder auf Art. IV, Abs. 2 des NPT, welcher allen Vertragsstaaten die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke garantiert. Gleichwohl hat die Islamische Republik mit dem Bau der unterirdischen Anlage bei Qom bereits einen Vertragsbruch begangen, wodurch sich die Indizien für ein Atomwaffenprojekt verdichten. Die Furcht der internationalen Gemeinschaft besteht hierbei in der Unüberschaubarkeit und Unberechenbarkeit des Teheraner Regimes, welches verschiedene, darunter extrem radikale Fraktionen, beherbergt. Die Islamische Republik hat bereits durch die Besetzung der US-Botschaft und die Geiselnahme von Botschaftsangehörigen über 444 Tage einen eklatanten Bruch völkerrechtlicher Prinzipien begangen. Die Republik hat bisher eine kompromisslose, fanatische Haltung gegenüber Amerika und besonders Israel praktiziert. Seit ihrer Entstehung gibt es keine diplomatischen Beziehungen zu beiden Staaten. Der Besitz der Atombombe könnte die Mullahs zumindest zu der Versuchung verleiten-

Der Besitz der Atombombe könnte die Mullahs zumindest zu der Versuchung verleiten, gestützt auf den Abschreckungseffekt, konventionelle und terroristische Angriffe gegen Israel durch die libanesische Hisbollah und die Hamas zu fördern. Ein mit Atomwaffen ausgerüsteter Iran trägt zum Rüstungswettlauf im Nahen Osten bei, welcher auf globaler Ebene den Atomwaffensperrvertrag beerdigen würde.

6 | Vgl. Mohammad Dschawad Zarif, „Tackling the Iran-U.S. Crisis: The Need for a Paradigm Shift“, in: *Journal of International Affairs*, 60 (2007), 2, S. 73-94, <http://www.zarif.net/Articles/Columbia%20JIA.pdf> [19.02.2010].

en, gestützt auf den Abschreckungseffekt, konventionelle und terroristische Angriffe gegen Israel durch die libanesische Hisbollah und die Hamas zu fördern. Ein mit Atomwaffen ausgerüsteter Iran trägt zum Rüstungswettlauf im Nahen Osten bei, welcher auf globaler Ebene den Atomwaffensperrvertrag beerdigen würde. Schließlich erscheint Präsident Ahmadinedschad, unter dessen Führung das iranische Atomprogramm in Verbindung mit einem fortgeschrittenen Raketenprogramm einen sprunghaften Aufschwung erfuhr, als bisweilen unzurechnungsfähig. US-Außenministerin Clinton warnte daher vor einer sich abzeichnenden „Militärdiktatur“ im Iran.⁷

SANKTIONEN

Der Umgang mit dem iranischen Nuklearprogramm kann auf zweierlei Weise erfolgen. Entweder bereitet sich die internationale Gemeinschaft auf eine mögliche Atommacht Iran vor oder sie trifft Vorkehrungen, um die nukleare Aufrüstung des Iran zu verhindern. Letzteres kann über zwei Wege erfolgen: umfassende Sanktionen oder einen militärischen Angriff. Sanktionen gelten allgemein als wichtiges Hilfsmittel zur Sicherung von Frieden. *Smart sanctions* bzw. *targeted sanctions* werden heute als probates Mittel betrachtet, um die Leiden der Bevölkerung des Adressatenlandes zu minimieren. *Targeted sanctions* sind auf spezielle Gruppen/Individuen im Adressatenstaat ausgerichtet mit dem Ziel, diese militärisch, politisch und wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Im Falle der Islamischen Republik Iran operiert der UN-Sicherheitsrat seit 2006 mit *smart sanctions*. Die USA haben unilaterale Sanktionen und ihr einseitiges Embargo schrittweise verschärft. US-Sanktionen gegen den Iran dürfen jedoch kaum als unilateral betrachtet werden, da die Vereinigten Staaten ausländischen Firmen und Unternehmen enorme Schwierigkeiten bereiten, großvolumigen Geschäftsverkehr mit dem Iran zu betreiben.

Seit dem Amtsantritt von Präsident Ahmadinedschad sind insgesamt fünf Resolutionen gegen den Iran aufgrund seines Atomprogramms verabschiedet worden.⁸ Die Resolutionen

7 | Vgl. Hillary Rodham Clinton, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/02/15/AR2010021501038.html> [20.02.2010].

8 | Vgl. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Iran/un-sr-res-1803-dt.pdf> [20.02.2010].

1737, 1747 und 1803 enthalten einen umfassenden Katalog von Sanktionen, die iranische Einrichtungen, Anlagen und Personen betreffen, die direkt und indirekt mit dem iranischen Nuklearprogramm in Verbindung stehen. Einseitige Embargos gegen den Iran bestehen durch die USA bereits seit 1980. Die Carter-Administration ließ Irans Gelder auf US-Banken einfrieren und ein Waffenembargo gegen Teheran verhängen. Die empfindlichsten Sanktionen verhängte die Clinton-Administration mit dem Iran-Libya Sanctions Act (ILSA), der ausländischen Firmen und Personen verbot, jährlich mehr als 20 Millionen US-Dollar in den iranischen Energiesektor zu investieren, oder Massenvernichtungswaffen/Technologie zu ihrer Herstellung oder destabilisierende moderne konventionelle Waffen zu verkaufen.⁹ Die USA haben permanent die Mitgliedschaft des Iran in der World Trade Organization (WTO) blockiert. Empfindliche Sanktionen verhängten das US-Außen- und -Finanzministerium gegen den Iran am 25. Oktober 2007. Betroffen waren die Auslandsfilialen der fünf wichtigsten iranischen Banken: Bank-e Meli (Nationalbank), Bank-e Sepah, Bank-e Saderat und Bank-e Melat. Insbesondere die Bank-e Sepah war für die Abwicklungen der Transaktionen der iranischen Revolutionswächter und ihrer zahlreichen Einrichtungen zuständig.¹⁰ Der Druck der Vereinigten Staaten von Amerika auf andere Staaten, keine großvolumigen Investitionen und Verkäufe an den Iran zu tätigen, hat Irans Wirtschaft eminent geschädigt.

Seit dem Amtsantritt von Präsident Ahmadinedschad sind insgesamt fünf Resolutionen gegen den Iran aufgrund seines Atomprogramms verabschiedet worden.⁸ Die Resolutionen 1737, 1747 und 1803 enthalten einen umfassenden Katalog von Sanktionen, die iranische Einrichtungen, Anlagen und Personen betreffen, die direkt und indirekt mit dem iranischen Nuklearprogramm in Verbindung stehen.

DIE EFFIZIENZ POLITISCH-ÖKONOMISCHER SANKTIONEN

Es besteht eine kontroverse Debatte hinsichtlich der Korrelation zwischen dem Effektivitätsgrad der verhängten Sanktionen und den zu erreichenden Zielsetzungen. Von den insgesamt 204 vom UN-Sicherheitsrat und einseitig von den ständigen Mitgliedern verhängten Sanktionen waren bisher nur ein Drittel von Erfolg ge-

Es besteht eine kontroverse Debatte hinsichtlich der Korrelation zwischen dem Effektivitätsgrad der verhängten Sanktionen und den zu erreichenden Zielsetzungen. Von den insgesamt 204 vom UN-Sicherheitsrat und einseitig von den ständigen Mitgliedern verhängten Sanktionen waren bisher nur ein Drittel von Erfolg gekrönt.

9 | Vgl. Kenneth Katzman: *The Iran Sanctions Act. CRS Report for Congress* (4. Juni 2009), http://italy.usembassy.gov/pdf/other/rs_20871.pdf [20.02.2010].

10 | Vgl. *The American Journal of International Law*, 102 (Jan., 2008), 1, S. 174-177.

krönt.¹¹ Die Erfahrungen mit dem Sanktionsprozess der internationalen Gemeinschaft, aber insbesondere mit den USA, lassen drei Schritte erkennen. Auf diplomatische Bestrebungen folgen lähmende ökonomische Sanktionen und schlussendlich ein militärischer Einsatz. Im Falle des Iran bedarf dieser Drei-Schritt-Prozess einer Revidierung. Mit der Islamischen Republik wird bereits seit dem Jahr 2003 verhandelt. Die erste mit Sanktionen versehene UN-Sicherheitsresolution wurde im Jahr 2006 beschlossen, was einer relativ milden Behandlung des Iran gleichkommt. Ein eventueller Militärschlag gegen den Iran würde aller Voraussicht nach nicht als umfassender Krieg angesetzt werden, sondern nur gezielt nukleare und militärische Basen als Angriffsziele haben. Das ist der große Unterschied zu Afghanistan und dem Irak, die vollständig besetzt wurden.

Die allgemeinen Erfahrungen mit Diktaturen belegen, dass derartige Regime wenig Interesse an den Belangen der eigenen Bevölkerung besitzen. Irak unter Saddam Hussein und Afghanistan unter Mullah Omar sind die jüngsten Beispiele. Es stellt sich daher die Frage, ob Sanktionen tatsächlich keinen spürbaren Druck auf den Iran ausüben bzw. ob man nun, Afghanistan und Irak in Bezug nehmend, von vornherein die Wirksamkeit nicht militärischer Mechanismen als gering und untragbar einschätzen sollte.

DIE NATUR DER SANKTIONEN GEGEN DEN IRAN UND IHRE AUSWIRKUNGEN

Die Islamische Republik Iran ist wahrscheinlich einer der wenigen Staaten, dessen Regime seit Anbeginn mit unilateralen, multilateralen und internationalen Sanktionen konfrontiert gewesen ist. Die bisherigen restriktiven Maßnahmen haben zu keinem Zeitpunkt eine Kursänderung in Teheran bewirken können. Ein differenzierter Blick auf die bisher verhängten Sanktionen gegen den Iran verdeutlicht deren nachhaltige Wirkung auf die iranische Wirtschaft. In diesem Abschnitt werden die Auswirkungen auf das Bankenwesen, die Erdgas- und Erdölindustrie und die Luftfahrt untersucht.

Einer der schmerzhaftesten Wege zur Schwächung und Lähmung der Wirtschaft eines Landes ist die Störung seines

11 | Vgl. Gary Clyde Hufbauer und Jeffrey J. Schott, *Economic Sanctions Reconsidered* (Peterson, 2007).

Banksystems. Im Falle des Iran haben die USA bisher mit geringen Kosten maximale Schäden für den Iran verursacht und ihn bei seinen Transaktionen mit ausländischen Banken und Firmen enorm beeinträchtigt. US-Sanktionen haben sich mit der Zeit mehr oder weniger auch die europäischen, südostasiatischen und sogar einige Golfstaaten angeschlossen. Irans Banken dürfen keine Überweisungen in US-Dollar ins Ausland tätigen. Die iranischen Banken raten den Iranern, ihre Überweisungen ins Ausland in Euro zu erledigen, was angesichts des hohen Eurokurses Unzufriedenheit der iranische Unternehmer und Geschäftspersonen zur Folge hat. Iranische Firmen und Kaufleute haben Probleme, LC (Letter of Credit) im Ausland zu erhalten, womit ihre Geschäfte oftmals zum Erliegen kommen. Mangelnde Versicherung und Bankkredite bringen Import-Export-Firmen massiv in Bedrängnis. Zu den wichtigen europäischen Banken, die die Konten ihrer iranischen Kunden auflösen, gehören auch die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank. Iranische Firmen müssen durch ausländische Mittelsmänner bzw. Firmen an Kredite gelangen und so die Restriktionen umgehen, was sehr viel mehr Geld und Zeit kostet. Nicht selten reisen iranische Kaufleute mit Koffern voller Geld, um ihre Ware bar zu bezahlen. Die staatlichen iranischen Banken kämpfen aufgrund mangelnder Rückzahlungen ihrer Kreditnehmer und mangelnder Produktivität ums Überleben. Sollten die USA wie angekündigt auch die iranische Zentralbank boykottieren, wird der Außenhandel des Landes noch schwieriger werden.

Einer der schmerzhaftesten Wege zur Schwächung und Lähmung der Wirtschaft eines Landes ist die Störung seines Banksystems. Im Falle des Iran haben die USA bisher mit geringen Kosten maximale Schäden für den Iran verursacht und ihn bei seinen Transaktionen mit ausländischen Banken und Firmen enorm beeinträchtigt.

Die internationalen Sanktionen haben zudem der iranischen Erdgas- und Erdölindustrie deutlichen Schaden zugefügt. Die US-Sanktionen konnten lebensnotwendige ausländische Investitionen und das Einfließen von modernen Technologien und Equipment in diesen Sektoren nahezu vollständig blockieren. Als Folge der Veralterung der Gas- und Ölindustrie Irans sind Ölexporte stark rückläufig. Nach offiziellen Schätzungen bedarf allein die Gasindustrie jährlicher Investitionen von ca. 25 Mrd. US-Dollar, der Ölsektor mehr als des Zehnfachen davon. Nach seinem Amtsantritt verkündete Präsident Ahmadinedschad den Bau von sieben Raffinerien, um den gesamten Benzinbedarf des Landes spätestens ab

Die internationalen Sanktionen haben zudem der iranischen Erdgas- und Erdölindustrie deutlichen Schaden zugefügt. Die US-Sanktionen konnten lebensnotwendige ausländische Investitionen und das Einfließen von modernen Technologien und Equipment in diesen Sektoren nahezu vollständig blockieren.

2012/3 selber zu decken. Iran importiert 40 Prozent seines Benzinbedarfs aus dem Ausland. Die Raffinerie Stern des Persischen Golfs, für die Mahmud Ahmadinedschad vor drei Jahren den ersten Spatenstich setzte, soll allein 35 Millionen Liter Benzin produzieren und das Land im Falle eines Benzinembargos retten. Allerdings fällt es Teheran schwer, die technischen Geräte zu beschaffen. Iranische Ingenieure haben inzwischen mitgeteilt, das Projekt von sieben Raffinerien sei nicht praktikabel.

Die Ausbeutung des South Pars Gasfeldes durch die Pars Oil and Gas Company (P.O.G.C) ist bisher nur in der elften von insgesamt 24 möglichen Phasen. Das Gasfeld liegt im Persischen Golf und ist mit Vorräten von 14 Billionen Kubikmetern (acht Prozent der weltweiten Gesamtvorräte) das größte bisher entdeckte Gasvorkommen der Erde. Es wird von den Staaten Iran und Qatar beansprucht. Würden nur zehn Phasen vollständig in Betrieb sein, würde Irans Gasproduktionskapazität um 50 Prozent steigen. Von Assalouyeh, das als „Gashauptstadt“ des Iran bekannt ist, entfernen sich immer mehr ausländische Firmen wie die französische Total Oil Company, die norwegische Statoil Company und britisch-holländische Firmen. Von insgesamt 60.000 Beschäftigten sind weniger als 20.000 übrig geblieben. Bemerkenswert ist, dass der Iran trotz gigantischer Erdgasvorräte nur zwei Prozent des Erdgasexportes der Welt innehat. Zur Deckung seines eigenen Bedarfs importiert der Iran sogar Erdgas aus Turkmenistan. Der Grund liegt in der mangelnden industriellen Infrastruktur sowie ausländischen Investitionen zur Erschließung und Ausbeutung. Dieses geschieht in einem Land, das nach Saudi-Arabien über die weltweit zweitgrößten Erdölreserven verfügt (der Anteil an den Welt-Erdölreserven beträgt 11,1 Prozent). Der Iran beherbergt mit 26,5 Billionen m³ (16,3 Prozent der Weltreserven) nach Russland (47,578 Billionen m³) die weltweit zweitgrößten Erdgasreserven. Sollte die Islamische Republik die marode Erdölindustrie nicht rechtzeitig modernisieren können, wird das Land in einigen

Auch die iranische Luftfahrtindustrie gehört zu den großen Leidtragenden der internationalen Sanktionen. Folglich degenerierte die nationale iranische Fluggesellschaft Iran Air, die noch bis Ende der siebziger Jahre eine der modernsten und sichersten Fluggesellschaften war, heute zu einer maroden Fluggesellschaft.

Jahren nur noch für den Eigenbedarf produzieren können. Ein Ausweg aus der Krise scheint ohne die Aufhebung der Sanktionen hier nicht in Sicht.

Auch die iranische Luftfahrtindustrie gehört zu den großen Leidtragenden der internationalen Sanktionen. Folglich degenerierte die nationale

iranische Fluggesellschaft Iran Air, die noch bis Ende der siebziger Jahre eine der modernsten und sichersten Fluggesellschaften war, heute zu einer maroden Fluggesellschaft. Gemäß den US-Sanktionen kann der Iran kein Flugzeug erwerben, deren Komponenten zu mehr als zehn Prozent amerikanischer Herkunft sind, auch wenn sie nicht in den USA gebaut werden. In den letzten 30 Jahren war der Iran gezwungen, seine veraltete Flotte durch den Kauf von Ersatzteilen über Umwege, etwa den Kauf von gebrauchten Flugzeugen z. B. von der Türkei oder Griechenland sowie das Mieten ausländischer Flugzeuge (Charter) intakt zu halten. Das Embargo hat die Iraner in die Arme Russlands getrieben, weswegen der Iran den Großteil seines Binnenflugverkehrs mit russischen Tupolew-Maschinen verschiedener Typen betreibt. Diese Maschinen haben sich als ein Sicherheitsrisiko erwiesen und sind im Iran aufgrund zahlreicher Unfälle als „fliegende Särge“ bekannt. Iran ist im internationalen Luftverkehr nicht wettbewerbsfähig und kann den arabischen Golfstaaten, die in den letzten Jahren deutlich in ihre Fluggesellschaften investiert haben, kein Paroli bieten.

Die Islamische Republik hat durch die unilateralen und multilateralen Sanktionen historische Chancen zur ökonomischen Fortentwicklung verloren. Obwohl Erdgaspipelines vom Kaspischen Meer nach Europa via Iran kürzer und kostengünstiger wären, werden die Anrainerstaaten auf Druck der USA gezwungen, Iran bei Pipeline-Projekten zu umgehen. Ein Beispiel dafür ist das gigantische Projekt der Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline (BTC). Dem Iran gehen hierbei jährlich Milliarden US-Dollar verloren. Die endlosen Verhandlungen mit Pakistan und Indien um die Gaslieferung haben noch keine endgültigen Resultate gezeitigt. Jedoch stehen beide Staaten unter dem intensivem Druck Amerikas.

HELFFEN SANKTIONEN, DEN IRAN ZUM EINLENKEN ZU BRINGEN?

Die erörterten umfassenden Sanktionen haben starke Auswirkungen auf den Iran. Sie konnten jedoch den iranischen Widerstand in seiner Nuklearpolitik nicht brechen. Die hohen Erdölpreise der vergangenen Jahre konnten die schwache und extrem inkompetente Regierung Ahmadinedschads vor den desaströsen Auswirkungen der Sanktionen bewahren. Kurz- bis mittelfristig könnte Teheran weiterhin seinen außenpolitischen Kurs mit Hilfe der „Petrodollars“ beibehalten.

Kurz- bis mittelfristig könnte Teheran weiterhin seinen außenpolitischen Kurs mit Hilfe der „Petrodollars“ beibehalten. Für die Erzwingung einer Kursänderung bedarf es weitaus stärkeren Drucks auf den Iran in Form intelligenter und gezielter Sanktionen.

ten. Für die Erzwingung einer Kursänderung bedarf es weitaus stärkeren Drucks auf den Iran in Form intelligenter und gezielter Sanktionen.

Beide amerikanische Parlamentskammern haben ein Gesetz zum Benzinexportboykott gegen den Iran beschlossen. Die Implementierung bedarf allerdings noch der Unterzeichnung von Präsident Obama. Da der Iran 40 Prozent seines Benzinbedarfs zumeist von westlichen Ölgesellschaften wie Total und British Petroleum importiert, würden Sanktionen hier deutliche Auswirkungen und eine massive Störung des Güter- und Personenverkehrs hervorrufen.

Ein weiterer Gegenstand der Sanktionen besteht in gezielten Finanzsanktionen sowie dem Einfrieren ausländischer Anlagen von Schlüsselfiguren des Iran. Die Revolutionswächter und ihre getarnten Firmen würden höchstwahrscheinlich weit stärker von neuen Sanktionsresolutionen betroffen sein als bisher. Die Revolutionswächter und ihre in- wie ausländischen Firmen stellen seit Ahmadinedschads Amtsantritt nach dem Staat den größten wirtschaftlichen Akteur des Landes. Ferner ist Irans Zentralbank im Visier der 5+1-Staaten. Sie leistet vermutlich Hilfestellung bei Investitionen im iranischen Atom- und Raketenprogramm sowie beim Umgehen bestehender Sanktionen. Schließlich verbleibt noch der Erdölboykott iranischen Öls. Letzteres ist allerdings aufgrund der wieder zunehmenden Weltwirtschaft kaum realistisch.

KANN DER UN-SICHERHEITSRAT SICH AUF SANKTIONEN GEGEN DEN IRAN EINIGEN?

Bisher haben Russland und China im UN-Sicherheitsrat maßgeblich erwirkt, dass der Iran keine kurz- und mittelfristigen Sanktionen erleiden musste. Beide Staaten sind durch ihre engen wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran große Zweckverbündete. Der Iran ist der zweitgrößte Handelspartner Chinas im Nahen Osten. Der Erfolg der Sanktionen des UN-Sicherheitsrats bedingt die Zustimmung beider Mächte. In Moskau ist man in letzter Zeit allerdings sehr verärgert über die iranische Unnachgiebigkeit. Russland wird zudem intensiv von Hillary Clinton bedrängt, der Verhängung von Sanktionen gegen den Iran zuzustimmen. Eine Garantie für den chinesischen Beistand besteht jedoch nicht. China jedoch braucht

die US-amerikanischen und europäischen Märkte. Anreize diesbezüglich könnten China umstimmen. Eine israelische Delegation unter Führung von Mosche Ya'alon, Minister für Strategische Angelegenheiten, und Stanley Fischer, Gouverneur der Bank of Israel, besuchte Ende Februar Peking. Israel will China dazu bewegen, die neu zu beschließende UN-Resolution gegen den Iran mitzutragen.¹² Arabische Verbündete der USA unter Führung des saudischen Außenministers Saud al-Faisal drängen auf Sofortmaßnahmen gegen den Iran. Nach einer Unterredung mit US-Außenministerin Hillary Clinton im Februar äußerte sich Faisal unerwartet, dass Sanktionen zwar langfristig wirken würden, die iranische Bedrohung aber nach schnellen Lösungen verlange.¹³ Der Iran scheint somit in die diplomatische Defensive gedrängt worden zu sein. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat deutlich zu verstehen gegeben, dass der Westen auch ohne Russland und China den Weg der Sanktionen beschreiten würde.

Nach einer Unterredung mit US-Außenministerin Hillary Clinton im Februar äußerte sich Faisal unerwartet, dass Sanktionen zwar langfristig wirken würden, die iranische Bedrohung aber nach schnellen Lösungen verlange. Der Iran scheint somit in die diplomatische Defensive gedrängt worden zu sein. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat deutlich zu verstehen gegeben, dass der Westen auch ohne Russland und China den Weg der Sanktionen beschreiten würde.

DIE INNERIRANISCHE DEBATTE

Die politische Landschaft im Iran ist, entgegen der verbreiteten Vorstellung eines monolithischen Gottesstaates, sehr facettenreich. Gleichwohl stehen Oppositionsmitglieder unter Druck und sind Repressalien ausgesetzt. Ihnen wird die Möglichkeit, die Bevölkerung zu informieren, durch die Verbote kritischer Zeitungen und die Filterung elektronischer Medien verwehrt. Interessant ist, dass sich die Opposition trotz des Verbotes des Obersten Nationalen Sicherheitsrates intensiv zum Nuklearstreit äußert. Nach Aussage des Abgeordneten im sechsten iranischen Parlament, Dr. Fatemeh Haghighat Joo, existieren im Iran derzeit drei politische Fronten.¹⁴

Die Mitglieder der ersten Gruppe gelten als Reformier um den Ex-Präsidenten Khatami und die Pragmatiker um Rafsand-

12 | Vgl. *Haaretz*, 21.02.2010, <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1151217.html> [22.02.2010].

13 | Vgl. *Washington Post*, 15.02.2010, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/02/15/AR2010021502212.html?sub=AR> [22.02.2010].

14 | Vgl. Fatemeh Haghighat Joo, „Factional Positions on the Nuclear Issue in the Context of Iranian Domestic Politics“, in: *Centre for International Studies. Iran Analysis Quarterly*, 3 (2006), 1.

schani. Sie halten die friedliche Nutzung der Kernenergie einschließlich der Beherrschung des Brennstoffkreislaufes für ein legitimes Recht jedes IAEA-Mitglieds. Gleichwohl weisen sie jedoch auf die veränderte Situation in der Region und das denkbar schlechte Image des Iran hin, das insbesondere durch den radikalen außenpolitischen Kurs Ahmadinedschads zustande gekommen ist. Daher müsse die Regierung mit vertrauensbildenden Maßnahmen eine glaubwürdige Entspannungspolitik einschlagen, die auf Wiederherstellung des Vertrauens bedacht ist. Man will auch den Hardlinern in Israel, die eine militärische Konfrontation mit dem Iran suchen, hierbei keinen Vorwand liefern. Sicherheitspolitisch geht es um die Wahrung der territorialen Integrität des Landes, die im Falle eines Krieges aufgrund des Vielvölkercharakters verwundbar scheint. Ferner setzt sich diese Front stark für die Verwirklichung politischer und bürgerlicher Rechte der Iraner ein. Diese Position spiegelt die deutliche Mehrheitsmeinung der iranischen Gesellschaft wieder, hat jedoch praktisch keine Möglichkeit, den offiziellen staatlichen Kurs zu beeinflussen.

Die zweite Gruppe, die Konservativen, bestehen aus der Mitgliedern der rechten Mitte und der gemäßigten Rechten. Sie verfügen über viele politische Kommunikationskanäle, vertreten den offiziell erklärten Kurs des Staates, sind aber nicht für eine Aussetzung des Nuklearprogramms. Dies gilt für sie als Erniedrigung und offizielle Verbeugung vor Amerika. Hinter den Kulissen ringen die Anhänger dieser Gruppe um die Gunst des Religionsführers Ayatollah Khamenei, der bisher von Hardlinern und Militärs umgeben ist.

Die dritte Gruppe, die Autoritaristen, bestehen aus Teilen des Militärs, der Sicherheitskräfte und ultrakonservativer Politiker. Sie sind einhellig für den Erwerb von Atomwaffen und davon überzeugt, in der Lage zu sein, den USA Paroli zu bieten. Die Autoritaristen, zu denen insbesondere die Revolutionswächter zählen, stützen ihre Forderung auf Argumente wie die Feindseligkeit Amerikas und Israels, die Erfahrung des Iran-Irak-Krieges sowie die Umzingelung des Iran durch Nuklearmächte. Diese Fraktion stellt zwar eine Minderheit dar, hält jedoch wichtige staatliche Schaltstellen besetzt.

WEGE AUS DER KRISE

Für die regionale und globale Entspannung ist es vorerst wichtig, dass der Iran für vertrauensbildende Maßnahmen

sorgt. Das könnte mit der Annahme des Vorschlags des ehemaligen IAEA-Direktors Mohammad El-Baradei vom vergangenen Oktober geschehen. Der Vorschlag El-Baradeis sieht vor, dass der Iran rund 1200 kg leicht angereichertes Uran nach Russland schicken soll. Dies entspricht 70 Prozent der iranischen Gesamtbestände, die nach weiterer Anreicherung zum Bau von Atombomben benutzt werden können. In Russland soll das Uran auf 20 Prozent angereichert, in Frankreich zu Brennstäben verarbeitet und dann an den Iran zurückgeliefert werden. Damit könnte das Land mit nuklearem Brennstoff für den Betrieb des Forschungsreaktors in Teheran versorgt werden und Isotope für medizinische Zwecke produzieren. Der Reaktor wurde bisher mit argentinischem Brennstoff versorgt, der aber nur noch für ein bis zwei Jahre reicht. Würde der Iran Technik und Equipment für eine Anreicherung auf 90 Prozent besitzen, könnte er aus 1200 kg leicht angereichertem Uran etwa 60 kg Uran mit einer Anreicherung von 90 Prozent gewinnen. Für die Herstellung einer Atombombe sind lediglich 20 kg hoch angereichertes Uran notwendig, weshalb Teheran mindestens drei Atombomben bauen könnte. Der Transfer von 1200 kg LEU ins Ausland hindert den Iran für rund zwei Jahre, diese Pläne umzusetzen, da die restlichen 300 kg zu wenig sind, um genügend 90 Prozent angereichertes Uran für den Bau einer Atombombe zu gewinnen. Des Weiteren könnte der Iran freiwillig sein Atomprogramm einstellen, wie dies Präsident Khatami Ende 2004 tat. Das verspätete „Angebotspaket“ des Westens durch Javier Solana erreichte Teheran jedoch erst, als Khatami bereits nicht mehr im Amt war.

Die Islamische Republik hat bisher bereits mehrere Milliarden US-Dollar für die Produktion der 1500 kg Uran investiert. Dafür mussten andere wichtige Sektoren (Gas und Öl) zurückstehen. Daher rät Hassan Rowhani, Chefunterhändler für Nuklearangelegenheiten unter Khatami, nur dann dem Transfer des leicht angereicherten Urans zuzustimmen, wenn im Gegenzug Irans Nuklearakte vom UN-Sicherheitsrat an die IAEA übergeben würde. Allerdings bezeichnete auch der neue Generaldirektor der IAEA, Yukiya Amano, die Informationen, der Iran arbeite bereits an einem Atomsprengkopf, als durchaus „in sich schlüssig und glaubhaft“. Die Inspektoren der IAEA bestätigten zudem, dass der Iran wie angekündigt die erste

Die Islamische Republik hat bisher bereits mehrere Milliarden US-Dollar für die Produktion der 1500 kg Uran investiert. Dafür mussten andere wichtige Sektoren (Gas und Öl) zurückstehen. Daher rät Hassan Rowhani, Chefunterhändler für Nuklearangelegenheiten unter Khatami, nur dann dem Transfer des leicht angereicherten Urans zuzustimmen, wenn im Gegenzug Irans Nuklearakte vom UN-Sicherheitsrat an die IAEA übergeben würde.

Charge Uran auf 20 Prozent angereichert hat. Dies sind alarmierende Signale. Gleichzeitig lastet auf dem iranischen Regime unter Ahmadinedschad großer innenpolitischer Druck, der seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom vergangenen Juni anhält. Aufgrund seiner Abhängigkeit von Importen kann der Iran schwerlich harte polit-ökonomische Sanktionen verkraften. Experten rechnen als Folge mit einer stetig steigenden Inflation (derzeit rund 25 Prozent). Umfassende UN-Sanktionen würden der iranischen Regierung weniger Devisenquellen zufließen lassen. Das würde dem Iran Importprobleme bei den wichtigen Industrie- und Basisnahrungsgütern bereiten, ihn aber kurz- und mittelfristig nur bedingt schwächen. Ein befriedigender strategischer Ausgang der Krise bedarf daher einer gesamtregionalen Lösung, die den sicherheitspolitischen Bedenken aller Akteure Rechnung trägt. Sanktionen sind daher nur ein Weg aus der Krise. Gleichwohl muss dieser Weg zügig und mit der dazu notwendigen Umsicht und Sorgfalt beschritten werden.